

AK Oberösterreich fordert rasche steuerliche Entlastung für die Arbeitnehmer/-innen

Linz (OTS) - Eine der dringendsten Aufgaben einer neuen Bundesregierung ist die Senkung der Lohnsteuer. Das sehen auch die AK-Mitglieder so, wie eine IFES-Umfrage unter 800 oberösterreichischen Arbeitnehmern/-innen ergeben hat. Zentrales Anliegen der AK ist die Senkung des Eingangssteuersatzes von 38,33 auf 33 Prozent.

Die Arbeitnehmer/-innen tragen in Österreich den Großteil der Steuerlast. Bei der letzten Steuerreform 2005 wurden die Lohnsteuerzahler/-innen krass benachteiligt. Die Großkonzerne wurden hingegen mit der Absenkung des Gewinn-Steuersatzes auf 25 Prozent und der Einführung der so genannten Gruppenbesteuerung gut bedacht. Die tatsächliche Steuerleistung der größeren Firmen ist von 21 (2004) auf 17 Prozent ihrer Gewinne im Jahr 2006 gesunken.

Gleichzeitig ist die Abgabenlast (inkl. Sozialbeiträge) auf die Summe aller Löhne und Gehälter seit 1995 kontinuierlich gestiegen. "Unsere Mitglieder sind daher zurecht der Meinung, dass die Steuerlast in Österreich ungerecht verteilt ist und die großen Unternehmen bevorzugt werden", sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Tatsächlich wollen 86 Prozent der AK-Mitglieder eine Steuerreform, die den Arbeitnehmern/-innen zu Gute kommen soll. "Unser Steuermodell bringt den Beschäftigten eine Entlastung in Höhe von 3,5 Milliarden Euro", weiß Kalliauer.

Zentrales Anliegen im AK/ÖGB-Steuermodell ist die Senkung des Eingangssteuersatzes von 38,33 auf 33 Prozent. "Diese Maßnahme ist rasch umzusetzen und bringt allen Einkommensklassen eine steuerliche Entlastung", so der AK-Präsident. Vor allem die größte Gruppe der Arbeitnehmer/-innen in der Einkommenskategorie zwischen 1100 und 2600 Euro Monatsbrutto würde in den Genuss einer Entlastung von bis zu 1150 Euro kommen. Das sind zwischen 3,5 und 3,8 Prozent des Bruttoeinkommens.

Damit auch die Unternehmen ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, sollen die Sozialabgaben von der gesamten

Wertschöpfung berechnet werden. "Gewinne und große Vermögen müssen gerecht besteuert werden. Die Vermögenszuwachssteuer wäre eine Möglichkeit, die Reichen stärker in die Pflicht zu nehmen", fordert AK-Präsident Kalliauer.

Rückfragehinweis:

~

Arbeiterkammer Oberösterreich

Kommunikation

Mag. Dominik Bittendorfer

Tel.: (0732) 6906-2191

mailto:presse@akooe.at

<http://www.arbeiterkammer.com>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0073 2008-10-02/10:16

021016 Okt 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20081002_OTS0073